

NACHHALTIGE INVESTMENTS

TOPTHEMA: **40 Indikatoren für Chemie- & Pharma-Industrie** 2

Bad and good news - und das Glück



Der weltweite CO₂-Ausstoß steigt kaum noch, aber das liegt weniger am Klimaschutz als am sinkenden Wachstum Chinas. Die US-Regierung bewilligte im März die umstrittene Mega-Ölpipe-Keystone XL und nahm Obamas Klimaschutzpaket zurück - nationale ökonomische Interessen stehen über ökologischen Notwendigkeiten, verkennend, dass Wohlergehen von einer gesunden Umwelt abhängt. Ignoranz und Unkenntnis auch in der Alten Welt: Polens Regierung erlaubte großflächige Abholzungen, realisiert gar in den letzten Urwäldern Europas. Deutschlands Flächenverbrauch steigt unvermindert, neues Städtebaurecht wird das entgegen EU-Vorschriften wohl verschärfen. Und Berlin will in sensiblen Schutzgebieten in Nord- und Ostsee Schifffahrt erlauben. Die Pflicht zur Nachhaltigkeitsprüfung scheint bei Gesetzgebungen nichts wert.

Man könnte frustriert die Hände in den Schoß legen. Doch es gibt auch gute Nachrichten, aus vielen Teilen der Welt. Die Europäische Union bringt uns - allen Widerständen zum Trotz - seit 60 Jahren Frieden, Freiheit, Demokratie und auch in öko-sozialen Hinsichten mehr Nachhaltigkeit. Indien hat im März die verseuchten Flüsse Ganges und Yamuna unter Schutz gestellt, davor hat Neuseeland einen Fluss zur juristischen Person gemacht wie lateinamerikanische Staaten die „Mutter Erde“. Zwar wird die Gesundung lange dauern, aber es sind große Fortschritte nach jahrzehntelangem Stillstand. Kristine Tompkins, einstige Chefin des Outdoor-Herstellers Patagonia hat Chile eine riesige artenreiche Landfläche geschenkt, als geschützten Nationalpark. Auf der Mikroebene orientiert sich das Gehalt der Dax-Chefs immer mehr an langfristigen Erfolgen, der Anteil hat sich binnen zehn Jahren auf 40 Prozent verdoppelt. Die Bahn hat nun mit Richard Lutz einen Mann an der Spitze, der weiß, was Nachhaltigkeit ist. Und ein internationaler Investor hat sich in Berlin bewegen lassen, den Mietvertrag einer angestammten Bäckerei zu verlängern und das Kiezklima zu wahren.

Man mag über den UN-Welttag des Glücks (20. März) schmunzeln, aber es gibt Glück, von Menschen gemacht - dafür lohnt, zu streiten als auch dem Reibach nicht die Ethik zu opfern. Das sei zig Baukonzernen und Zulieferern gesagt, die am US-Mauerbau an Mexikos Grenze mitmischen wollen. Würden sie dem widerstehen, würden sich deren Eigentümer und Geldgeber widersetzen, käme das menschenverachtende Bollwerk nicht zustande. Welch ein Glück wäre das!

Eine spannende, nützliche Lektüre wünscht Ihnen Ihre Susanne Bergius

Inhalt

TOPTHEMA

Vorreiter: Eine Branche lässt sich messen2

ASSET MANAGEMENT

Kostenfreie Toolbox für Anleger gestartet7

Internationale Meldungen und Termine10

BEWERTUNG & PRAXIS

CSR-Berichtspflicht: „Wesentliches“ hängt von der Perspektive ab11

MELDUNGEN & AUSBLICK

Veranstaltungen14

Vorreiter: Eine Branche lässt sich messen

40 Indikatoren sollen zeigen, wo die **Chemie- und Pharmaindustrie** steht und wie sie voran kommt. **Soziale Nabelschau** überwiegt. Ansatzweise sind die Herausforderungen der **Lieferketten** adressiert.

Nicht nur Klimagase, sondern auch Chemikalien haben einen „Fußabdruck“: Diese ökosozialen Folgen können für Investoren relevant sein. Sie können Regulierungen und wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen. Darum lancierte die UN-Investoreninitiative Prinzipien für Verantwortliches Investieren (PRI) das Chemical Footprint Project (CFP). Ein spezieller Bericht gibt Investoren Standards an die Hand, womit sie die Leistungen von Unternehmen im Umgang mit Chemikalien messen und einschätzen können. Im Januar informierte ein Webinar zum Beispiel, inwieweit Investoren den Bericht bei Anlageentscheidungen und Unternehmensdialogen nutzen können.

Ehrgeiziges Vorhaben dreier Branchenverbände

Die chemisch-pharmazeutische Industrie weiß, sie steht im Fokus. In Deutschland will sie sich daher künftig selbst messen und darlegen, wie sie hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung voran kommt. Dazu hat ihre Initiative „Chemiehoch3“ Indikatoren erarbeitet. „Gleichzeitig wollen wir die 40 Indikatoren auch als Treiber nutzen. Sie werden zeigen, wo die Branche bereits gut ist und wo sie besser werden kann“, so Kurt Bock, Präsident des Wirtschaftsverbandes VCI Ende 2016 in Berlin.

Die Initiative von Deutschlands drittgrößtem Industriezweig hebt sich von anderen Branchen in dreierlei Hinsicht ab. Erstens befassen sich seine Verbände überhaupt mit Nachhaltigkeit und versuchen, sie bei den Mitgliedern hoffähig zu machen. Zweitens stehen dahinter bereits seit 2013 sowohl die Unternehmensseite – der VCI, der unter anderem 100 Aktiengesellschaften vertritt, und der Arbeitgeberverband BAVC (siehe Kontext) – als auch die Arbeitnehmerseite mit der Gewerkschaft IG BCE. Drittens machen sich die drei Akteure daran, die Leistungen der Branche offen zu legen.

Raus aus der Schmutzdecke

Bereits im Mai 2013 haben sie 12 Leitlinien zur Nachhaltigkeit vorgelegt. Sie sind ohne Zielvorgaben, sondern legen dar, welche Themen die Branche für eine nachhaltige Entwicklung als besonders wichtig erachtet. Dies drückt sich auch in den Indikatoren aus. Die Branche war in den vergangenen Jahrzehnten vor allem wegen Umweltbelastungen in die Kritik geraten. Spektakuläre Unfälle wie bei Sandoz sind selbst denen bekannt, die damals noch nicht lebten.

Aus der Ecke des Öko-Schmuddelkindes will die Branche heraus. Es scheint, als habe sie darum in ihrer Kriterienliste die soziale Nachhaltigkeit übergewichtet: Auf sie entfallen mit 17 fast die Hälfte aller Indikatoren, während lediglich 8 die ökologische Nachhaltigkeit messen sollen. Das sind genauso viele wie für die ökonomische Nachhaltigkeit, fünf weitere betreffen übergreifende Management-Themen. Zielvorgaben sucht man vergeblich.

Alexander Müller, Beigeordneter Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), sieht denn auch Handlungsbedarf: Die Branche dürfe nicht nur auf das verweisen, was sie bereits erreicht habe, sagte er auf einer Konferenz. Die chemische Industrie müsse auch Veränderungen vorantreiben. „Wir stehen am Anfang und werden 2017 eine Bestandsaufnahme ▶

TOPTHEMA
14.4.2017 | Nr. 4

Eine Richtschnur

Die 2013 beschlossenen **12 Leitlinien für Nachhaltigkeit** sollen den Unternehmen eine Orientierung geben, in welche Richtung sich die Branche entwickeln will.

Die Initiative unterstützt die Firmen bei der Anwendung der Leitlinien in der **betrieblichen Praxis**. Auch wird ein Nachhaltigkeitscheck angeboten. Da ihn jeder anonym machen kann, ist unklar, wie oft er genutzt wird.

Die Branche in Zahlen

Chemieunternehmen sind laut amtlicher Statistik zu 90 Prozent Klein- und Mittelständler.

Der **Verband der Chemischen Industrie (VCI)** steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie: 1.650 Unternehmen und deutsche Tochterfirmen ausländischer Konzerne. Die Branche setzte 2015 rund 189 Milliarden Euro um und beschäftigte mehr als 446.000 Mitarbeiter.

Die **Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)** vertritt die Interessen von insgesamt 660.000 Mitgliedern. Sie deckt Berufe in den Branchen Bergbau, Chemie, Gas, Glas, Kautschuk, Keramik, Kunststoffe, Leder, Mineralöl, Papier, Sanierung/Entsorgung, Steinkohle und Wasserwirtschaft ab.

Der **Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC)** ist der tarif- und sozialpolitische Spitzenverband der chemischen und pharmazeutischen Industrie samt Kautschuk- und Kunststoffverarbeitung mit insgesamt 1.900 Unternehmen und 550.000 Beschäftigten.

für 2016 machen. Wichtig ist für uns, dass die Branche Fortschritte in die richtige Richtung macht“, erläutert Eckhard Koch, beim VCI für die Fortschrittsindikatoren von Chemiehoch3 zuständig. „Langfristig können wir uns möglicherweise Ziele für einzelne Indikatoren vorstellen.“ Viele Indikatoren sind Sache der Sozialpartner, so dass Verbände den Unternehmen keine Selbstverpflichtungen auferlegen können.

Langfristig sind Ziele denkbar

Zahlreiche Daten zu den Indikatoren erfassen die Verbände und statistischen Landesämter. Die meisten Daten erfragt das Responsible Care Programm (siehe Kontext). Es erhält jährlich Antworten von im Mittel 600 Unternehmen, darunter viele Klein- und Mittelständler. Sie decken im Schnitt über 75 Prozent der Beschäftigten ab. Die Abfrage wird nun um 11 der 40 Indikatoren erweitert.

Die Betonung der sozialen Dimension entspricht nicht ganz, was aus der Chemiebranche sonst zu hören ist. So hat Stefan Buchholz, Managing Director bei Evonik Creavis GmbH, auf einem Podium im Herbst 2016 davor gewarnt, in einer Nachhaltigkeitsdimension auf Kosten einer anderen Dimension besser werden zu wollen.

Dazu erklärt Koch, die Chemiebranche berichte über Responsible Care viel mehr zu ökologischen als zu sozialen Indikatoren und in der öffentlichen Diskussion habe die Ökologie ein Übergewicht. Darum seien die Umweltkriterien nicht nochmals erwähnt, so habe sich ein sozialer Schwerpunkt ergeben. Kriterien für die Indikatoren seien deren Relevanz für Anspruchsgruppen sowie der Handlungsbedarf.

Gleichwohl: Wenn eine Indikatorenpalette ein Gesamtbild einer Branche liefern und alle Nachhaltigkeitsdimensionen gleichermaßen abbilden soll, müssten die Indikatoren ausgewogener zusammengesetzt sein. Sonst entsteht ein verzerrtes Bild.

Soziallastige Indikatorenpalette - kaum SDG-Ausrichtung

Erstaunlicherweise lassen die Maßstäbe keine klare Orientierung an den globalen Nachhaltigkeitszielen erkennen. Diese 2015 von den UN verabschiedeten 17 Sustainable Development Goals (SDGs), gelten nicht nur für Staaten, sondern auch für Ökonomie und ihre Akteure. Beim VCI denkt man, die für Unternehmen in Deutschland wesentlichen Aspekte abgebildet zu haben.

Aber Chemiehoch3 hat z. B. keinen Indikator zum sicheren Umgang mit Chemikalien (SDG 12.4) formuliert. Die Unfall- und Gefährdungslage hat sich zwar dank gesteigener Sicherheitsstandards und der EU-Chemikalienverordnung REACH deutlich verbessert. Gleichwohl machen gefährliche Abfälle fast die Hälfte aller Abfälle aus, und noch immer gibt es tödliche Brände und Explosionen. So geschehen bei BASF in Ludwigshafen 2016. In der Liste tauchen Unfälle nicht auf. Derartiges würden ohnehin erhoben und darum nicht nochmals aufgeführt, heißt es zur Erklärung.

Nur zwei Kriterien für die Lieferkette

Doch wer künftig wissen will, wie viele Beschäftigte nicht nur bei den Herstellern, sondern auch bei den Zulieferern durch die Produktion gesundheitsschädlicher Stoffe belastet sind, wird nichts erfahren. Denn es gibt weder Indikatoren zum Krankheitsstand noch Konkretes zur Lieferkette.

Immerhin, das sei hervorgehoben, sollen Unternehmen beantworten, ob sie Nachhaltigkeitskriterien bei der Lieferantenauswahl haben und sich zu den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte oder „einem vergleichbaren Regelwerk“ bekennen. Hierzu hat die Bundesregierung im Dezember einen Nationalen Aktionsplan (NAP) beschlossen (siehe Kontext nächste Seite).

Aber er setzt – von Menschenrechtsvereinigungen kritisiert – zunächst darauf, dass Unternehmen nötige Sorgfaltsprozesse freiwillig in ihre Geschäfte integrieren. Erkenntnisse sind aber oft nicht das Papier wert, auf dem sie stehen. Damit Unternehmen auf Menschenrechte achten und Außenstehende erkennen, ob sie es ernst meinen, sollten sie entsprechende Politiken und Prozesse haben. Chemiehoch3 über- ▶

TOPTHEMA
14.4.2017 | Nr. 4

25 Jahre Responsible Care

Aufgrund des Drucks der Umweltbewegung in den 80er Jahren wurde 1991 die Initiative Responsible Care in der deutschen chemisch-pharmazeutischen Industrie eingeführt.

Elf Leitlinien geben seit mehr als 25 Jahren die Richtung vor bei **Umweltschutz, Produktverantwortung im Lebenszyklus entlang der Lieferkette, bei Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz, Anlagensicherheit / Gefahrenabwehr** sowie bei der Transportsicherheit und dem Dialog mit Mitarbeitern, Nachbarn und **Anspruchsgruppen**.

„Dabei zeigen sich einerseits Erfolge, andererseits gibt es auch heute noch Bedarf an weiteren Verbesserungen“, heißt es bescheiden. Derartig **selbstkritische Einschätzungen** lassen andere Branchen vermissen.

Seit 2013 ist Responsible Care ein eigenständiges Programm unter dem Dach der Brancheninitiative Chemiehoch3.

legt laut Koch, hierzu Indikatoren zu entwickeln und bei Unternehmen abzufragen. Im NAP findet sich eine Anleitung: Mindestens die Hälfte aller Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern sollen bis 2020 eine Politik (Policy), Prüfverfahren (Due Diligence) und Beschwerdemechanismen eingerichtet haben.

Chemiehoch3 bietet ein Pilotprojekt. Hier können Unternehmen lernen, wie sie ein Lieferanten-Management-System unter Beachtung von Nachhaltigkeitsthemen aufbauen oder weiterentwickeln. Für die Bewertung und Entwicklung der Lieferanten dürfen die Mitgliedsfirmen die Tools der Initiative Together for Sustainability (TfS) (s. Kontext unten) zur Lieferantenbewertung und -entwicklung nutzen.

Frankreich will große französische Unternehmen verpflichten, menschenrechtliche Risiken nicht nur im eigenen Unternehmen zu identifizieren und möglichst abzuwenden, sondern auch entlang der Lieferkette. Das könnte hiesige klein- und mittelständische Unternehmen betreffen - es lohnt sich also, vorbereitet zu sein.

Unbeantwortet: Lebenswerte Löhne bei Zulieferern?

Weitere wesentliche Sozialaspekte der Wertschöpfungskette sind in der Indikatorenliste nur ansatzweise abgebildet. Ein Beispiel: Aktuell sorgen bereits mehr als 80 Prozent der Chemie-Beschäftigten tariflich fürs Alter vor. „In der Gesamtwirtschaft liegt der Vergleichswert bei lediglich 60 Prozent. Wir sind gut, aber wir wollen noch besser werden. Unsere neuen Indikatoren werden zeigen, ob das gelingt“, so der stellvertretende Vorsitzende des BAVC, Kai Beckmann.

Etwas Vergleichbares für die Mitarbeiter in der Lieferkette steht nicht auf der Liste. Viel wichtiger: Es wird nicht einmal gefragt, ob Zulieferer Löhne zahlen, die die Lebenshaltungskosten (living wages) decken. Koch sagt, derartige Aspekte gehörten zu den abgefragten Nachhaltigkeitskriterien für die Lieferkette und die Menschenrechtsstandards. Doch wenn derart Fundamentales durch lediglich zwei vage formulierte Indikatoren abgedeckt sein soll, fragt sich, warum für die in Deutschland unter hohen Standards beschäftigten Menschen 16 soziale Detailindikatoren existieren.

Hier schlägt sich der heimische Fokus der Sozialpartner in der Dreiergruppe nieder. Zwar sagte Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE: „Wir wissen, dass man ökonomischen, sozialen und ökologischen Fortschritt nicht gegeneinander, sondern nur zusammen erreichen kann.“ Das hindert die Gewerkschaft aber nicht daran, den Schwerpunkt auf hiesige Tarifverträge und Mitbestimmung zu legen.

Nicht in Stein gemeißelt

Was in Schwellen- und Entwicklungsländern passiert, ist egal. Die sozialen und ökologischen Kriterien lesen sich, als ob die Globalisierung bei der Chemie- und Pharma-Industrie nicht angekommen wäre. Obwohl ihr in ökonomischen Hinsicht ihr Weltmarktanteil und die Außenhandelsbilanz wichtig sind.

Zumindest den Anteil der Unternehmen mit Arbeitnehmervertretungen in Schwellen- und Entwicklungsländern wäre es wert, erfasst zu werden. Wenigstens sollten Firmen mit eigenen Produktionsstätten im Ausland offenlegen müssen, ob ihre dortigen Beschäftigten selbst organisierte Interessensvertretungen haben. „Die Indikatoren sind nicht in Stein gemeißelt, wenn es Anpassungsbedarf gibt, werden sie mittelfristig gegebenenfalls modifiziert“, antwortet Eckhard Koch diesbezüglich befragt.

Einige Großkonzerne, darunter vier deutsche, befassten sich bereits intensiv mit der Lieferkette. Die Einkaufschefs von BASF, Bayer, Evonik, Henkel, Lanxess und Solvay haben 2011 die Initiative » „Together for Sustainability“ (TfS) (siehe Kontext) ins Leben gerufen. Hiermit versuchen inzwischen 19 Konzerne, die ökologischen und sozialen Standards bei Lieferanten zu erheben, zu verbessern und davon zu profitieren. Solch branchenweites Vorgehen ist das A und O wirksamer nachhaltiger Unternehmensführung. Es ermöglicht, Sozial- und Umweltstandards anzugleichen, damit nicht länger der ökonomische Wettbewerb auf dem Rücken von Menschen oder zulasten der Umwelt geschieht. Es scheint darum sinnvoll, die Indikatorenliste um den An- ▶

TOPTHEMA
14.4.2017 | Nr. 4

Nationaler Aktionsplan für Menschenrechte

Im Dezember 2016 hat das Bundeskabinett den » **Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP)** beschlossen. Er setzt die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte um.

Mindestens die Hälfte der in Deutschland ansässigen Firmen mit über 500 Beschäftigten sollen Elemente menschenrechtlicher Sorgfalt bis 2020 in ihre Prozesse integrieren. Sie sollen nachteilige Auswirkungen ihrer Geschäfte auf die Menschenrechte erfassen und Maßnahmen dagegen ergreifen.

Wer das missachtet, dem drohen neben Reputationsverlusten **Geldbußen von bis zu 10 Millionen Euro**: „Höhere Geldbußen können verhängt werden, wenn zusätzlich der wirtschaftliche Vorteil der Tat abgeschöpft wird.“ Europäische Opferverbände können vor deutschen Gerichten klagen.

Frankreich verordnet Menschenrechtsschutz, auch in der Lieferkette, gesetzlich (siehe Seite 10).

Einheitliche Analyse der Lieferkette

» **Together for Sustainability** hat ein einheitliches Abfrage- und Prüfverfahren mit externen Auditoren entwickelt, den Glaubwürdigkeitscheck macht die Ratingagentur Ecovadis. Die die teilnehmenden Lieferanten müssen lediglich ein Formular statt mehrere Fragebögen ausfüllen.

Die Informationen erhalten sämtliche **19 Mitgliedsunternehmen**. Es helfe ihnen unter anderem, Risiken hinsichtlich Nachhaltigkeitsanforderungen zu senken, heißt es. Und: „Die Nachhaltigkeitsleistungen zu kennen erlaubt, die **Performance zu verbessern**.“

teil der Unternehmen zu ergänzen, deren Lieferanten durch TfS abgedeckt sind. Denn Mittelständler beziehen oftmals von denselben Zulieferern wie Großabnehmer.

Auch wenn die Branche meint, es werde zu viel über ökologische Aspekte gesprochen, wird sie angesichts deren Relevanz nicht verhindern können, hierzu im Licht der Öffentlichkeit zu stehen. Insbesondere wenn sich Unternehmen gegen eine Regulierung zugunsten von mehr Umweltschutz wehren.

Wettbewerb nicht mehr zulasten von Menschen

So klagen BASF, Bayer und Syngenta gegen die EU-Kommission, weil diese vor drei Jahren besonders umstrittene Pestizide verboten hat. Die Industrie hat Milliarden investiert und bestreitet die Schädlichkeit der Insektenbekämpfungsmittel.

Nun muss der Europäische Gerichtshof (EuGH) entscheiden, was mehr wiegt: Rechtssicherheit für Unternehmen oder der Schutz von Bienen. Von deren Bestäubung hängen 40 Prozent der weltweiten Nahrungsmittelerzeugung ab. Es geht, wie das französische Institut CNRS ausgerechnet hat, um 200 Milliarden an Wertschöpfung. Die stehen bloß auf keiner Rechnung.

Würde der EuGH zugunsten der Industrie entscheiden, so meinen Beobachter, bestünde die Gefahr, dass die Politik wichtigen Handlungsspielraum verlöre, um Mensch und Umwelt künftig vor riskanten Produkten und Technologien zu schützen. Bis zum Urteil werden laut EuGH wohl noch mindestens sechs Monate vergehen. Der VCI äußert sich nicht zu dem Fall. Koch sagt aber: „Ich glaube nicht, dass es uns gelingen wird, künftig 9,5 Milliarden Menschen ohne Pflanzenschutzmittel zu ernähren.“

Was ist mehr Wert: Bienen oder Investitionen?

Umstritten sind auch manche Textil-Chemikalien. Seit Jahren wirft Greenpeace Markenherstellern vor, zu viele umweltschädliche Chemikalien in Kleidung einzusetzen. Die Umweltschützer fanden selbst in Abwässern von durch Markenherstellern auditierten chinesischen Textilbetrieben solche chemische Substanzen, die in Europa lang verboten sind. Der öffentlichkeitswirksame Protest wirkte: Kürzlich hat sich Gore verpflichtet, bis Ende 2023 auf Schadstoffe in Outdoor-Kleidung ganz zu verzichten. Das könnte einen Wettbewerb um innovative umweltverträgliche Stoffe auslösen.

„Schmutz- und fettabweisende Eigenschaften lassen sich nur mit Fluorchemikalien herstellen, aber wenn es umweltverträglichere Produkte gibt, werden diese auch eingesetzt“, sagt Koch. Bei manchen müsse man aber genau hinschauen, ob sie wirklich nachhaltig sind, etwa bei Tensiden aus Palmkernöl, so der Branchenverband Tegewa.

Nachhaltigkeit in Innovations- und Entwicklungsprozesse

„Zu nachhaltigem Produktdesign soll der erste Umweltindikator unserer Liste sensibilisieren: Nachhaltigkeits-Kriterien in Innovations- und Entwicklungsprozessen“, hebt Koch hervor. BASF und Henkel haben so etwas seit vielen Jahren integriert, aber das ist längst kein Standard in der Branche. Man darf gespannt sein, zu welchem Ergebnis die Umfrage bei diesem aufschlussreichen Indikator kommen wird. Die Resultate erscheinen voraussichtlich Anfang 2018.

Nicht zuletzt stellt sich in ökologischer Hinsicht die Frage, wie die energieintensive Branche die Ziele des Weltklimavertrages auf unternehmerisches Niveau herunterbricht. Chemiehoch3 will, dass Unternehmen ihre absoluten Treibhausgasemissionen angeben (Scope 1 für den eigenen Energieverbrauch und Scope 2 für die eingekaufte Energie) sowie die Treibhausgasemissionen pro Produkteinheit. Zudem werden die Unternehmen ermittelt, die die Emissionen der Lieferkette erfassen (Scope 3).

Nach der 2°-Kompatibilität – zugegeben: ein komplexes Unterfangen – wird nicht gefragt. Geschweige denn nach Firmenzielen, um dem Pariser 1,5°-Ziel gerecht zu werden – will heißen: einer Erderwärmung von maximal 1,5 Grad Celsius. Vielleicht ist es dafür zu früh, da Firmen noch zu sensibilisieren sind. Gleichwohl: Die Zeit drängt.

Bei aller Kritik im Einzelnen ist festzustellen: Die Branchenverbände haben sich ▶

TOPTHEMA
14.4.2017 | Nr. 4

Wirkung auf andere Branchen

Oxfam hat in einer aktuellen Studie mehrere gravierende Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen in Zulieferbetrieben deutscher Supermarktketten aufgedeckt. „So werden auf Ananas- und Bananenplantagen Arbeitsrechte systematisch verletzt und Menschen **hochgiftigen Pestiziden** ausgesetzt, die gleichzeitig auch die Umwelt beeinträchtigen“, heißt es in der » Studie. Sie zeigt, wie die Chemie in andere Branchen hineinwirkt. **Branchenübergreifende Dialoge** wären daher angebracht. Fachverbände führten solche Dialoge, so der VCI. Er selbst tut das nicht.

sichtlich Mühe gemacht. Sie sprechen von ganzheitlichem Denken. Das fehlt weithin, in vielen Branchen, auch der Finanzwelt. VCI-Präsident Kurt Bock erläuterte im Herbst beispielhaft: „Wir müssen von Fall zu Fall prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Verwendung nachwachsender Rohstoffe nachhaltiger ist als der Einsatz fossiler Rohstoffe. Neben der Frage nach der Verfügbarkeit zu wettbewerbsfähigen Kosten, sind etwa Aspekte wie Landnutzung und Biodiversität oder die Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion zu berücksichtigen.“

Einer der Wege aus dieser Konfliktlage kann Ressourceneffizienz sein. Sie steht auf der Indikatorenliste. Allerdings wird, wie üblich, dem produktorientierten spezifischen Rohstoffeinsatz der Vorzug gegeben, statt nach dem Anteil der fossilen Rohstoffe und dem absoluten Rohstoffverbrauch zu fragen.

Ganzheitlich denken

In einer Welt, deren Zukunftsfähigkeit unter anderem von der erneuten Nutzung scheinbar ausgedienter Materialien abhängt, wäre der Anteil von Recycling-Materialien eine wertvolle Information für Anleger und andere Anspruchsgruppen, um ein Gespür dafür zu bekommen, ob sich Unternehmen zukunftsfähig aufstellen.

„Die Branche ist zu vielfältig, um mit einem Indikatorenset alle Aspekte abzudecken und alle Unternehmen zu allen Themen zu erreichen“, wirbt Koch um Verständnis. Schließlich reiche die Produktpalette von Dämmmaterialien und Düngern über Farben, Klebstoffe, Kunststoffe und Medikamente bis hin zu Spezialchemikalien sowie Reinigungs- und Waschmitteln. Verständnis ob der jeweils unterschiedlichen Herausforderungen sollte man aufbringen - und dabei beobachten, wohin sich die Branche in den nächsten Jahren entwickelt und wie transparent sie dazu berichtet.

Die diesbezügliche Management-Anforderung an die Unternehmen aber laut lediglich: „öffentliche Nachhaltigkeitskommunikation“. Das ist ein Wischi-Waschi-Indikator, der Greenwashing zulassen würde. Nicht einmal eine Offenlegung sozial-ökologischer Leistungen und Risiken gemäß des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes (DNK) ist gefordert, geschweige denn gemäß international anerkannter Standards wie der Global Reporting Initiative (GRI). Der Generalsekretär des Nachhaltigkeitsrats, Günter Bachmann, hätte sich mehr Engagement der Branche zum DNK gewünscht. Erst sechs Chemie- und Pharmaunternehmen legten Entsprechungserklärungen vor.

Anlage von Pensionsgeldern nachhaltig ausgerichtet

Die Ernsthaftigkeit ließe sich auch daran messen, wie viele Unternehmen bei der Kapitalanlage von Pensionsvermögen Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekte (kurz ESG) beachten. Die Chemie Pensionsfonds AG macht das vor. Für die Anlage der rund 629 Millionen Euro (Ende 2015) haben die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände die R+V Versicherung gewählt, die „besonders nachhaltig handelt“, so Sebastian Kautzky, Geschäftsführer des BAVC. „Darüber hinaus sind die Chemie-Sozialpartner im Aufsichtsrat des Chemie-Pensionsfonds aktiv, um eine nachhaltige Anlagepolitik zu gewährleisten.“

Die R&V gehört zur DZ Bank Gruppe, laut der unabhängigen Ratingagentur Oekom Research eines der drei nachhaltigsten Finanzinstituten weltweit. Die R+V überprüft laut eigenen Angaben ihr gesamtes Portfolio regelmäßig in Kooperation mit Oekom.

„In der Kapitalanlage werden soziale, ethische und ökologische Grundsätze dahingehend berücksichtigt, dass die Chemie Pensionsfonds AG wissentlich und bewusst nicht in Kapitalanlagen investiert, die den allgemein anerkannten Nachhaltigkeitsprinzipien widersprechen“, heißt es. Investitionen in Hersteller kontroverser Waffen und in Finanzprodukte für Agrarrohstoffe seien ausgeschlossen. Die Nachhaltigkeitsprinzipien sind nicht konkretisiert. „Sie ergeben sich jedoch aus unserem gesellschaftlichen Selbstverständnis – Verantwortung gegenüber Umwelt, Gesellschaft, Kunden und Mitarbeitern“, so ein R+V-Sprecher. Dies werde im Einzelfall geprüft.

Susanne Bergius

TOPTHEMA
14.4.2017 | Nr. 4

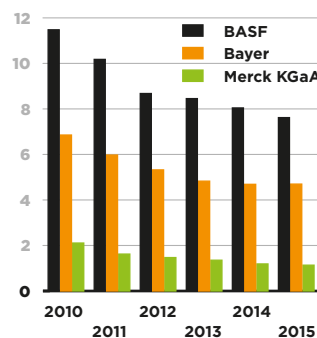
Dividende mit kleinem Rucksack

Der **Carbon-Dividend-Ansatz** des Instituts für nachhaltige Kapitalanlagen zeigt Investoren, wo sie einen Euro Dividende mit dem kleinsten „CO₂-Rucksack“ bekommen. Das Instrument soll ihnen helfen, ihren **virtuellen Anteil an den Emissionen der Unternehmen** zu identifizieren und die Risiken des Klimawandels zu analysieren.

In der **Chemie- und Pharmabranche** zeigen sich bei der CO₂-Intensität der Dividende **deutliche Unterschiede**: Während Merck bezogen auf 2015 nur 1,1 kg CO₂ je Euro Dividende ausstieß, lag der Wert bei Bayer bei 4,7 kg und bei BASF bei 7,6 kg.

Die Situation habe sich **in den vergangenen Jahren verbessert**, am deutlichsten bei Merck, deren CO₂-Emissionen je Euro Dividende um 46,1 Prozent sanken

CO₂-Intensität von Chemiedividenden nimmt ab



Quelle:

Institut für nachhaltige Kapitalanlagen, 2017

HANDELSBLATT

Nachhaltigkeitsbericht 2016. Handeln im Interesse von Anspruchs- gruppen und Gesellschaft.

Nachhaltigkeitskolumne der Deka-Gruppe.




Michael Schmidt
Deka Investment

230 Hauptversammlungsbesuche, 1.600 Unternehmensgespräche: Wir haben uns 2016 stärker als je zuvor als aktiver Aktionär engagiert – und werden das künftig noch mehr tun. Diese und weitere Aktivitäten rund um die Nachhaltigkeit sind im aktuellen Nachhaltigkeitsbericht der Deka-Gruppe nachzulesen.

Mit dem aktuell veröffentlichten [Nachhaltigkeitsbericht 2016](#) der Deka-Gruppe machen wir für Kunden und Mitarbeiter, Anteilseigner und Geschäftspartner transparent, was wir im vergangenen Jahr geschafft haben und wo wir noch besser werden wollen. Mit der gleichen Überzeugung, mit der wir bei anderen Unternehmen die Einhaltung sozialer, umweltbezogener und auf eine gute Unternehmensführung abzielender Standards einfordern, entwickeln wir diese auch in der Deka-Gruppe weiter.

Wir haben im Nachhaltigkeitsbericht 2016 fünf zentrale Handlungsfelder dargestellt: Nachhaltige Unternehmensführung, Nachhaltige Produkte, Nachhaltiges Personalmanagement, Nachhaltiger Bankbetrieb und Gesellschaftliches Engagement. Dafür haben wir in unserer 2016 verabschiedeten Geschäftsstrategie – die Nachhaltigkeitsstrategie ist integraler Bestandteil – zentrale Eckpunkte definiert und ambitionierte Ziele formuliert. Dem Thema Klimawandel messen wir dabei besondere Bedeutung zu. Nach unserer Überzeugung ändert sich nichts an der Notwendigkeit, sich für den Klimaschutz zu engagieren – trotz diverser kritischer Äußerungen zu Klimawandel und Klimaschutzpolitik auf internationaler Bühne.

Volumen der nachhaltigen Kapitalanlagen wächst.

Positiv entwickelt hat sich das Volumen der von der Deka-Gruppe verwalteten nachhaltigen Kapitalanlagen. Rund 28,4 Milliarden Euro haben wir Ende 2016 unter Berücksichtigung von sozialen, umweltbezogenen und auf eine gute Unternehmensführung abzielenden Kriterien angelegt, insbesondere die Eigenanlagen der Gruppe. Darin enthalten sind mehr als zehn Milliarden Euro unserer privaten und institutionellen Kunden, für die wir unser Angebot an nachhaltigen Anlagelösungen in den vergangenen Jahren kontinuierlich erweitert haben. Denn bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsansätzen eröffnen insbesondere Fonds vielschichtige Gestaltungsmöglichkeiten. Im Asset Management der Deka Investment beispielsweise ist Nachhaltigkeit seit geraumer Zeit neben Rendite, Risiko und Liquidität eine zusätzliche Orientierungsgröße. Institutionelle

Kunden unterstützen wir dabei individuell – von der Aufsetzung des Mandats über die Portfolioallokation und das Management bis hin zum Reporting. Auch der 2014 für Eigenanlagen der DekaBank eingeführte Nachhaltigkeitsfilter hat sich in der Praxis bewährt. Der Filter schließt Unternehmen mit kontroversen Geschäftsaktivitäten von der Kapitalanlage aus.

Für dieses besondere Engagement im Bereich der nachhaltigen Kapitalanlagen, aber auch für unsere umfassenden Leistungen in den anderen Handlungsfeldern unseres Nachhaltigkeitsmanagements wurden wir auch 2016 von Nachhaltigkeitsanalysten positiv bewertet. Dabei freut es uns besonders, dass uns die Nachhaltigkeits-Ratingagentur oekom research wieder mit dem begehrten oekom Prime Status¹⁾ ausgezeichnet hat. Er wird ausschließlich an Unternehmen verliehen, die den strengen Anforderungen an ein umfassendes Nachhaltigkeitsmanagement genügen. Bei der Bewertung konnten wir uns dabei nochmals verbessern und erreichen nun erstmals die Gesamtnote C+. Von den insgesamt 82 Unternehmen der Vergleichsgruppe erreichten nur vier weitere Unternehmen dieses oder ein besseres Rating. Die ebenfalls überdurchschnittlichen Bewertungen durch die auf Nachhaltigkeitsaspekte spezialisierten Ratingagenturen imug²⁾ und MSCI ESG (AA)³⁾ konnten wir im Berichtsjahr erfolgreich bestätigen.

Der Bericht gibt zudem Auskunft darüber, wie wir bei der Umsetzung der zehn Prinzipien des UN Global Compact vorankommen, zu denen wir uns bereits 2011 bekannt haben. Diese betreffen die Bereiche Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Wie im Vorjahr basiert der Bericht auf den Leitlinien der anerkannten Global Reporting Initiative (GRI).

Wir sind davon überzeugt, mit der konsequenten Umsetzung und kontinuierlichen Weiterentwicklung unseres Nachhaltigkeitsmanagements sowohl im Interesse unserer Anspruchsgruppen als auch der Gesellschaft zu handeln. Auch 2017 werden wir uns dort zu Wort melden, wo es um die Beachtung der Grundsätze einer im ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Sinne nachhaltigen Entwicklung geht.

Verantwortlich:

Michael Schmidt
Deka Investment GmbH, Mainzer Landstraße 16
60325 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7147-0
www.deka.de, www.deka-institutionell.de

¹⁾ Stand: 07.09.2016, Quelle: Corporate Rating Report; ²⁾ Stand: 23.12.2016, Quelle: company profil (uncovered bonds neutral CC; Hypothekenpfandbriefe positive BB; Öffentliche Pfandbriefe positive B); ³⁾ Stand: 27.04.2016, Quelle: Intangible Value Assessment (IVA).

Kostenfreie Toolbox für Anleger gestartet

Wer Information hat, hat „Macht“: Öffentlich zugängliche Bewertungen zu Umwelt, sozialem und Unternehmensführung sollen nachhaltige und verantwortliche Vermögensanlagen voran bringen.

Philips ist ein Vorreiter in Sachen Energieeffizienz. Davon hat man gehört. Unilever nutzt Palmöl und Tee aus nachhaltigen Quellen – das weiß, wer die Marken Dove und Lipton kennt. Henkels lösemittelfreier Kleber steht in vielen Büros, und auch mit wenig Waschmittel wird die Wäsche rein. Doch wie sieht es aus mit Arbeits- und Menschenrechten, Korruption und dem gesamten Öko-Fußabdruck dieser Konzerne?

Private, vermögende und kleinere institutionelle Anleger können sich hierzu meist kein Research einkaufen. Ihnen fehlen umfassenden Bewertungen von Unternehmen, mit Hilfe derer sie sich für oder gegen Investitionen entscheiden könnten. Jetzt will der britisch-deutsche Vermögensverwalter Arabesque aus London mit einem „Werkzeugkasten“ Abhilfe schaffen. Er tut dies seit Anfang der Woche und, kaum zu glauben, ohne von kleinen Anlegern Geld dafür zu verlangen.

Investoren sollen sich eine Meinung bilden können

„Mit der Toolbox S-Ray wollen wir Transparenz schaffen, damit sich Investoren eine Meinung zur Nachhaltigkeit von Unternehmen bilden können, und um nachhaltigem Investieren so einen Schub zu geben“, sagt Andreas Feiner, Leiter ESG Research und Beratung. Das Kürzel steht für Environment-Social-Governance, also Umwelt, Soziales und Unternehmensführung. Bisher seien nachhaltige Geldanlagen Spezialisten vorbehalten, es fehlten einfache Tools für konventionelle Investoren. „Wir verwenden die S-Ray-Informationen in unserem Investmentprozess und machen sie absolut jedem verfügbar, einschließlich der Konkurrenz.“

Die kostenfreien Informationen gibt es natürlich mit zeitlicher Verzögerung, es sind drei Monate. Andernfalls würde das Geschäftsmodell untergraben. Große Vermögensverwaltungen können von dem Tool gegen Lizenzgebühren live profitieren.

Künftige Integritätsmesslatte für UN Global Compact

Aber gegen eine geringe Jahresgebühr können auch kleinere Investoren den Werkzeugkasten live erhalten. Lediglich 2400 Euro werden verlangt, ein Bruchteil üblicher Gebühren. Ist das Dumping? Arabesque winkt ab. Feiner betont, kein Datenanbieter zu sein und nicht mit Researchagenturen in Konkurrenz treten. Ziel sei, Investmentbarrieren zu beseitigen, um Nachhaltigkeit in den Mainstream zu bekommen.

Kofi Annan, vormaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen und Initiator der UN-Initiative Global Compact unterstützt das Vorhaben mit den Worten: „Die Macht der Transparenz wird helfen, nachhaltiger unternehmerische Praktiken zu schaffen.“

Diese Unternehmensinitiative ließ lange Undurchsichtigkeit walten. Etwa ein Drittel all der, die sie je unterzeichneten, betrieben Greenwashing und sind längst nicht mehr dabei. Selbst aktive Unternehmen neigen zum Schönfärben. So schrieb Vaillant 2015 im Nachhaltigkeitsbericht: „100 Prozent der Standardlieferanten erfüllen die Kriterien des Global Compact für eine verantwortungsvolle Lieferkette bereits heute.“

Doch der » UN Global Compact hat gar keine handfesten, nachprüfbaren Kriterien.

Jetzt wird das etwas anders: Der Global Compact habe entschieden, S-Ray künftig als Integritätsmesslatte zu nutzen, sagt Georg Kell, einst Gründungsdirektor des ▶

ASSET MANAGEMENT
14.4.2017 | Nr. 4

Big Data macht's möglich

Durch künstliche Intelligenz und die Möglichkeit, riesige Datenmengen zu verarbeiten, kombiniert das Tool „S-Ray“ systematisch mehr als 200 Indikatoren zu Umwelt, Sozialem und Governance (kurz ESG).

Hierfür werden Neuigkeiten aus mehr als 50.000 Quellen in über 15 Sprachen zu mehr als 4.000 der weltweit größten Unternehmen analysiert und kondensiert.

Greenwashing entlarven

Greenwashing betreibt, wer zu Unrecht nachhaltiges Engagement für sich in Anspruch nimmt. Der international » etablierte Begriff bezieht sich vor allem auf Unternehmen, die sich brüsten mit ökologischen oder sozialen Leistungen, die entweder nicht vorhanden sind oder die minimal sind im Verhältnis zu negativen öko-sozialen Auswirkungen der Geschäftstätigkeit.

Öko-sozialer Etikettenschwindel wird heutzutage auch dank sozialer Medien schnell entlarvt und stellt ein hohes Reputations- und Finanzrisiko für Unternehmen und Investoren dar.

GC und heute Aufsichtsratsvize von Arabesque. Feiner meint, dass das Tool binnen eines Jahres wirken wird: „Wenn Sie der Allgemeinheit Daten verfügbar machen, geben Sie ihr Grundlagen für fundierte Entscheidungen und damit auch Einfluss.“

Für kleine Family-Offices, die wissen wollen, ob Kontroversen oder Verstöße vorlägen, sei es ein einfacher Weg, das zuerkennen. „Wir bieten eine Einstiegstreppe. Wer tiefer einsteigen will, kann Datenanbieter ansprechen.“

Einstiegstreppe: Komplexes einfach dargestellt

Arabesque hat die Methode seit 2014 entwickelt. Es geht um vier Werkzeuge. Erstens eine Bewertung für Leistungen zu den » zehn Global-Compact-Verpflichtungen für Arbeitsrechte, Menschenrechte, Umweltschutz und Korruption (siehe Grafiken).

So ist aus einer farbigen Grafik auf Anhieb zu erkennen, dass Philips bei Umweltschutz seit 2013 über die Jahre hinweg sehr gut abschneidet, aber die Leistungen bei Menschenrechten mit zwischen 30 und 40 Prozentpunkten zu wünschen übrig lassen. Auch bei Siemens gibt es eine solche Kluft, sie ist deutlich größer, die Menschenrechtsbewertungen kommen gerade mal auf um die 20 Prozentpunkte.

Zweitens gibt es eine ESG-Note mit separaten Bewertungen für Umwelt, Soziales und Unternehmensführung. So werden gegenläufige Trends sichtbar. Bei Unilever etwa sind die Global-Compact-Bewertungen in den letzten Jahren auf allen Feldern gesunken, insbesondere bei den Arbeitsrechten – das signalisiert grafisch eine rote Linie weit unten. Beim ESG-Score hingegen hat sich die Bewertung der sozialen Leistungen insgesamt über die Zeit stetig leicht verbessert.

Bei Henkel fallen die Scores zu beiden Maßstäben besser aus: Die rötliche Bewertungslinie für Arbeitsrechte ist in der Global-Compact-Grafik fast durchweg recht weit oben. Die Bewertungen für sämtliche ESG-Bereiche liegen über die Jahre hinweg dicht beieinander. Das spricht für eine strategische und konsistente Nachhaltigkeitsausrichtung. Bei Unilever ist das ähnlich. Dagegen machen die Bandbreiten bei Philips aktuell rund 40 Prozentpunkte aus und bei Siemens fast 50.

Anleger können nun entscheiden, welche Nachhaltigkeitsaspekte ihnen besonders wichtig sind. Oder ob sie angesichts der Zusammenhänge und Wechselwirkungen aller Aspekte bevorzugt in solche Unternehmen investieren, die ganzheitlich vorgehen zugunsten einer umfassend nachhaltigen Unternehmensführung.

ESG-Leistungen klaffen teils auseinander

Als drittes Tool will Arabesque demnächst einen „Carbon-Score“ einführen: In die Gesamtzahl sollen Bewertungen für die CO₂-Intensität von Unternehmen (CO₂-Fußabdruck), eventuelle fossile Energiereserven sowie Klimastrategien einfließen.

„Viertens soll ein Präferenzen-Tool mit Flaggen deutlich machen, ob ein Unternehmen in kontrovers diskutierten Geschäftsfeldern aktiv ist oder kontroverse Entscheidungen fällt“, sagt Feiner. Das sei für viele ethisch orientierte Anleger wichtig, denn „da es keine einheitliche Definition für Nachhaltigkeit gibt, setzen Anleger oft unterschiedliche Schwerpunkte.“

Für diese Tools verwendet der Vermögensverwalter zig Tausende Datenquellen sowie smarte Algorithmen, die die Glaubwürdigkeit prüfen. Es gibt Indikatoren-Vergleiche und hochtechnologische Analysen. „Diese Art hoch entwickelter Informationstechnologie zu Nachhaltigkeitsinformationen ist noch eine sehr junge Disziplin. Wir investieren fortlaufend, diese weiter zu entwickeln, um die sich exponentiell entwickelnden Datenmenge verarbeiten zu können.“

State Street werde das Tool für sein Risikomanagement benutzen, und die Deutsche Bank plane einen Index. Anfragen ließen die Institute unbeantwortet.

Zu den Kunden gehört auch der Analysten- und Investmentprofiverband DVFA. Geschäftsführer Ralf Frank treibt die Frage um: „Warum nutzen Mainstream-Investoren ESG-Daten so wenig?“ Die Antwort kommt aus der Verhaltensökonomie: Menschen, auch Analysten und Portfolio-Manager, arbeiten mit Heuristiken — ▶

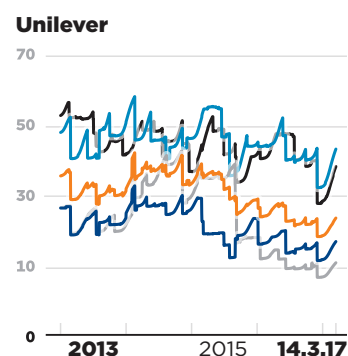
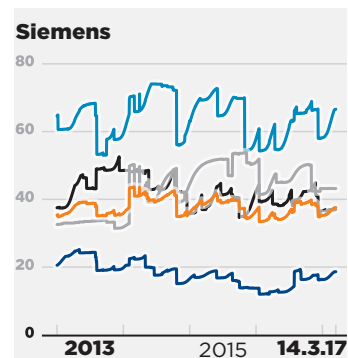
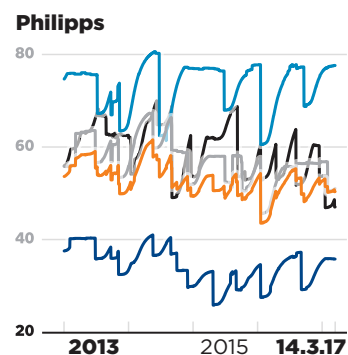
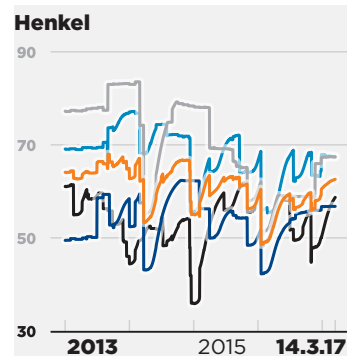
ASSET MANAGEMENT

14.4.2017 | Nr. 4

Bewertung von UN-GC-Leistungen per S-Ray-Tool

■ Menschenrechte ■ Umwelt
■ Anti-Korruption ■ Gesamt
■ Arbeitnehmerrechte

Bewertung in Punkten (0-100)



HB Quelle: Arabesque Partners

sie nutzen grobe Maßstäbe, um eine Lage schnell zu erkennen, ohne tiefer einsteigen zu müssen. Im Finanzmarkt sind das beispielsweise Ratings oder das Kurs-Gewinn-Verhältnis. „Sie zu nutzen wird problematisch, wenn man entscheidende Dinge übersieht“, warnt Frank.

Er meint Risiken oder Chancen aus Nachhaltigkeits Herausforderungen. Hierfür aber sei die Datenlage äußerst komplex, Zusammenhänge zwischen ESG-Leistungen und Finanzperformance durch Heuristiken kaum erfassbar und in Modellen verarbeitbar. „Investmentprofis fühlen sich überfordert, zumal immer auch Abwägungen zu machen und der gesunde Menschenverstand zu nutzen sind.“

S-Ray helfe etwas aus diesem Dilemma, sagt Frank. Es sei eine intelligente Technologie für ein großes Universum, die unstrukturierte Datenbestände gut verdichte, entwickelt mit vielen Experten, vernünftig getestet. „Es ist ein zukunftssträchtiges Produkt, weil es zeigt, wie man mit verschiedensten Datenquellen und -beständen umgehen kann. Wir müssen unsere Mitglieder darauf einstellen, sich mit anderen Datenbeständen und Technologien auseinanderzusetzen.“ Denn durch Digitalisierung gerate aktives Management stückweise ins Hintertreffen.

Durch die Informationsverdichtung zu ESG helfe die Innovation, einen ersten Eindruck zu gewinnen, ob ein Unternehmen gut geführt sei. Bei Unternehmen mit hoher finanzieller Performance und niedrigem ESG-Score könne etwas nicht stimmen. Hier könne eine professionelle Investmentanalyse ansetzen. „S-Ray als Heuristik erleichtert es Investoren, Nachhaltigkeit zu berücksichtigen, ohne sich jahrelang Wissen aneignen und selbst Instrumente bauen zu müssen.“

Dafür spreche auch sein Werte-Modell: „Korruption kann man nicht mit einer Überperformance in einem anderen Bereich ausschließen.“ Für den DFVA sei es ein preiswertes Mittel, um mit gut verarbeiteten Daten intern zu forschen, Algorithmen zu bauen und zu testen, wie Analysten und Vermögensverwaltern eine ganzheitliche Sicht über den Umgang mit digitalen, unstrukturierten Datenquellen zu ermöglichen sei.

Intransparente Unternehmen herausfiltern

Die weltweite Unternehmensberatung ERM nutzt die S-Ray-Werkzeuge seit Februar für Due Diligence, Unternehmensbewertung nach Nachhaltigkeitsfaktoren bis hin zu Strategieberatung, Produktbewertung und Reputationsmanagement. „Wir sind sehr zufrieden“, sagt Mark Hoff, Partner bei ERM. Vorteilhaft seien die Informationen in Echtzeit und: „Ich kenne kein Produkt, das so viele Daten, und Datenbanken inklusive Social Media nutzt und so konsistent und transparent aufbereitet und verzahnt.“ Selbst große ESG-Research/Rating-Akteure würden das nicht liefern.

Das Tool sei auch für Unternehmen geeignet. Firmen, die sich zu (potenziellen) Zulieferern erkundigen wollen, könnten sich im Datenpool orientieren oder Berater damit beauftragen. Allerdings könne eine schlechte Note auch bedeuten, dass eine Firma nicht transparent genug sei. ERM gleiche die Bewertungen mit eigenen Erfahrungen ab, so Hoff. „Durch die Toolbox ist es viel einfacher herauszufiltern, wo zu wenige Informationen existierten.“ Und wo man mehr Information einfordern könne.

Für die erste Due Diligence sowie Investoren, die selbst mit S-Ray arbeiten, sei das Tool ausreichend. Die Schlussfolgerung von mangelnder Transparenz seitens eines Unternehmens könne lauten: zu wenig Infos, zu hohes Risiko, Finger weg. Hoff gibt aber zu bedenken: „Als Tool zur Orientierung ist S-Ray wunderbar, aber man kann damit keine ESG-Fehlinvestitionen ausschließen.“

Er selbst nutze es bei Due Diligence, Reputationsmanagement, Benchmarking oder Portfolioreview als Einstieg. Danach müssten menschliche Beratungs- oder Ingenieursdienstleistungen her, um richtige Entscheidungen zu treffen. Das heiße, tiefer zu graben und sich Originalquellen und Analysen, zum Beispiel die der Schweizer RepRisk, genau anzusehen. „Wir schauen dann gezielt in fünf bis sechs andere Datenbanken oder nehmen Kontakt zu Stakeholdern und den Firmen auf.“

Susanne Bergius

ASSET MANAGEMENT
14.4.2017 | Nr. 4

Weltmarkt wächst auf 23 Billionen Dollar

Nachhaltige Kapitalanlagen belaufen sich auf fast 23.000 Milliarden Dollar. Das gab Ende März die Global Sustainable Investment Alliance (GSIA) in ihrem » [Marktbericht](#) bekannt. Das Volumen sei Anfang 2016 um 25 Prozent höher als 2014. Die Summe umfasst allerdings grobenteils einfache Ausschlüsse, wie Streumunition, die als „verantwortliche“ Anlagen einzuordnen sind, nicht aber als umfassend „nachhaltige“.

Investoren für mehr Zukunftsfähigkeit

Die globalen Nachhaltigkeitsziele, die Sustainable Development Goals der UN (SDGs) verpflichten nicht nur die Staaten. Im März hat der niederländische Pensionsfonds PME (Metall- und Elektroindustrie) angekündigt, zehn Prozent seines 45-Milliarden-Portfolios » [nach den SDGs auszurichten](#). Im Herbst hatten 18 niederländische Großanleger die » [‘SDG investing’-Initiative \(SDGI\)](#) gegründet.

Anlässlich der deutschen G20-Präsidentschaft der führenden Industrie- und Schwellenländer mischen sich plötzlich deutsche Investoren öffentlich in die Politik ein, gemeinsam mit anderen Anspruchsgruppen. Sie haben in einem » [offenen Brief](#) Bundesfinanzminister Schäuble und Bundesbankpräsident Weidmann vor dem G20-Finanzministertreffen in Baden-Baden im März aufgefordert, die Finanzwirtschaft „fit“ zu machen für die sozialen und ökologischen Herausforderungen. Denn: „Ohne eine nachhaltig ausgerichtete Finanzwirtschaft werden die SDGs nicht umgesetzt werden können.“ Die G20 sollten die Weichen dafür stellen, dass der Finanzmarkt im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und der SDGs gestaltet werden könne. Den Brief unterzeichneten ethische und nachhaltige Investoren- und Branchenvereinigungen sowie Großanleger, Finanzberater, Wissenschaftler und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Sie stellten eine Reihe konkreter Forderungen.

Nachhaltigkeitsinitiative am Finanzplatz Frankfurt

Die Deutsche Börse lanciert die » [Sustainable Finance Initiative](#). Sie soll am Finanzplatz Frankfurt mit rund hundert hochrangigen Akteuren fachübergreifende Strukturen für nachhaltiges Unternehmertum etablieren und neue Geschäftsfelder zugunsten der Zukunftsfähigkeit des Finanzsystems ausloten. Die Auftaktkonferenz findet am 23. Mai 2017 statt. Ziel sei insbesondere, unter Mitwirkung aller Teilnehmer konkrete Initiativen und Projekte anzustoßen. Die UN-Nachhaltigkeitsziele und das Weltklimaabkommen würden neue Rahmenbedingungen schaffen, die von der Wirtschaft neue Lösungen erfordern, heißt es. Dabei sein sollen Banken und Finanzinstitute, Rating- und Rankingagenturen, Investoren, Versicherungen, Datenprovider und Vertreter des öffentlichen Sektors, der Wissenschaft, aus NGOs und Kirchen.

Berufsbegleitendes Kompaktstudium SRI

Institutionelle Investoren erkennen zunehmend die finanzielle Relevanz des Klimawandels und der globalen UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs). Diese fordern die strategische Ausrichtung und Unternehmensführung sowie Geld- und Kapitalanlageentscheidungen und Risiko-Rendite-Erwägungen vielschichtig heraus. Dem zu begegnen, bedarf interdisziplinären Wissens. Darum startet die EBS Finanzakademie im September ein praxisorientiertes Kompaktstudium „Socially Responsible Investments (SRI)“ zu nachhaltigem und verantwortlichen Investieren.

In sieben Tagen soll es einen strukturierten Überblick und vertiefende Einblicke vermitteln zu zukunftsorientierten Asset-Management-Ansätzen, globalen gesellschaftlich-politisch-rechtlichen Kontexten, ökonomischen Konzepten, Besonderheiten von Anlageklassen und verschiedenen „ESG-Investment-Strategien“. Auch geht es darum, ESG-Wertbeiträge für Unternehmen und Portfolios zu bestimmen.

Das Block-Studium schließt mit einer Prüfung und dem Universitätszertifikat ab. Zu Zielgruppen Inhalten und Gebühren des berufsbegleitenden Weiterbildungsstudiums finden Sie hier » [mehr Informationen](#).

ASSET MANAGEMENT

14.4.2017 | Nr. 4

Menschenrechte im Fokus

Am 1. Juni wird das Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG) seinen Marktbericht veröffentlichen. Der dazu stattfindende » [FNG-Dialog in Berlin](#) gilt Menschenrechten. Er will Wege, Lösungsansätze und Beiträge aus der nachhaltigen Finanzbranche aufzeigen, um sie besser zu schützen.

Vorgaben machen die UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte. Die Bundesregierung in [Deutschland](#) hat unlängst einen [Aktionsplan](#) verabschiedet. Menschenrechtsorganisationen kritisieren ihn als unzureichend (S. 4).

Dagegen [hat Frankreich](#) im März [ein Gesetz verabschiedet](#), das Unternehmen verpflichtet, Menschenrechte und Umwelt zu achten, auch in Tochterfirmen und Lieferketten. Amnesty International, Brot für die Welt, Germanwatch und Oxfam begrüßten das Gesetz als Best Practice und geben » [Hintergrundinformationen](#).

„Wesentliches“ hängt von der Perspektive ab

Die „**CSR-Berichtspflicht**“ ist jetzt ein Faktum. Das Echo ist gemischt. Nun ist zu klären, was **materiell wichtig** ist. Nicht alle Kodizes und Standards passen zur EU-Vorgabe, die **Unterschiede sind eklatant**.

Im März war es so weit: Der Bundestag, hat - verspätet - das Gesetz verabschiedet, wonach Unternehmen künftig mehr Klarheit zu den ökologischen und sozialen Risiken und Leistungen in ihren Wertschöpfungsketten schaffen sollen. Ende März gab der Bundesrat seinen Segen. Das Gesetz bringt die „CSR-Richtlinie“ der Europäischen Union in deutsches Recht. Das Kürzel steht für Corporate Social Responsibility: die Verantwortung für die Auswirkungen des Geschäfts auf die Gesellschaft.

Mehr Transparenz zu Sozialem, Umwelt und Korruption

Demnach müssen erstmals für das Geschäftsjahr 2017 kapitalmarktorientierte große Unternehmen mit über 500 Mitarbeitern „wesentliche“ Aspekte zu Umwelt, Sozialem und Unternehmensführung (englisches Kürzel: ESG) offen legen. Das bedeutet mehr Transparenz zu Umweltschutz, Menschenrechten und Korruptionsbekämpfung.

Die Rede ist von „nichtfinanzieller“ Erklärung, obwohl viele soziale und ökologische Risiken und Leistungen beträchtliche finanzielle Auswirkungen auf Unternehmen und die Gesellschaft haben. Zu bevorzugen wäre der von anderen Experten genutzte Begriff „extra-finanziell“. Warum er sich nicht durchgesetzt hat, ist unklar.

Gegenüber dem Entwurf vom Herbst hat der Bundestag im » **CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz** einige Anforderungen geändert. Bei Konzernen reicht es, wenn sie insgesamt berichten, die Töchter sind von der Pflicht befreit. Neu ist, dass Unternehmen darlegen müssen, ob und welche Rahmenwerke sie nutzen.

Vier Monate nach den Finanzzahlen Klarheit schaffen

„Eine Änderung ist signifikant und wird manche Unternehmen, darunter nicht nur die Neu-Starter, empfindlich treffen“, sagt Sabine Braun, Geschäftsführerin der PR-Beratung Akzente. Die gesonderte sogenannte „nichtfinanzielle Erklärung“ ist vier Monate – und nicht wie ursprünglich vorgesehen sechs Monate – nach Ende des Geschäftsjahres vorzulegen oder im Internet zu veröffentlichen.

„Wer Berichtsprozesse kennt und die Schwierigkeiten, nichtfinanzielle Kennzahlen zu erfassen und zu konsolidieren, weiß, dass dies eine nicht unerhebliche Steigerung des ‚Schwierigkeitsgrads‘ darstellt“, sagt Sabine Braun.

Aus journalistischer Sicht stellt sich das anders dar: Zur Bilanzzeit werden die Medien mit Finanzdaten geflutet. Das Aktienrecht macht Vorgaben für die Finanzberichterstattung. Aber es fehlen in dieser Zeit geschäfts- und gesellschaftsrelevante öko-soziale Kennzahlen. Auch bei Aktiengesellschaften, die sich Nachhaltigkeit fett auf die Fahnen schreiben. Von A wie Adidas bis V wie Vonovia.

Wie aber sollen Journalisten, Analysten, Investoren und gesellschaftliche Anspruchsgruppen ein Unternehmen beurteilen können, wenn es Informationen und Erwartungen zu relevanten ökologischen und sozialen Risiken und Chancen nicht zeitgleich sondern viele Monate später oder gar nicht offen legt? Nur einzelne Firmen veröffentlichen Finanzdaten und Nachhaltigkeitsangaben gleichzeitig – im März beispielsweise BASF, Bayer, SAP und Umicore. Sie tun gut daran, so aufwendig das sein mag. Die Vorgabe von vier Monaten sollte als Übergangslösung gelten. ▶

BEWERTUNGEN & PRAXIS

14.4.2017 | Nr. 4

Das Echo auf das Gesetz könnte kaum diametraler sein. Der Bankenverband unterstützt die Nachhaltigkeitsberichterstattung und hat im März in Kooperation mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) eine » [Orientierungshilfe zur „Nichtfinanziellen Berichterstattung und dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex“](#) vorgelegt. Sie soll mittelständischen Banken helfen, die bisher nicht über Nachhaltigkeitsaspekte berichtet haben und künftig der Berichtspflicht unterliegen.

Wirtschaft: Orientierungshilfe versus Kritik

Dagegen bemängeln der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Familienunternehmer-Verband, dass die Regelungen auch kleine und mittelständische Firmen treffen können. Der DIHK befürchtet vermeidbare bürokratische Lasten für Zulieferbetriebe, die über ihre Geschäftsbeziehungen mittelbar in die Pflicht einbezogen seien. Die vorgesehenen Geldbußen seien unverhältnismäßig hoch.

Der Präsident der „Familienunternehmer“, Lutz Goebel, sagte dem Handelsblatt, es sei eine „Fehlannahme“ der Politik, nur große Unternehmen wären von der CSR-Richtlinie betroffen. Sie mache die Welt nicht besser, sondern bürokratischer. Die Jungen Unternehmer und die Stiftung Familienunternehmen scheinen sich aber keine Sorgen zu machen, ihre Websites erwähnen das Thema nicht einmal.

NGOs: Das Gesetz greift viel zu kurz

Nichtregierungsorganisationen sehen beträchtliche Schwächen im Gesetz. Es greife viel zu kurz, beklagt die Oxfam. Viele große Unternehmen seien davon gar nicht betroffen: „In Deutschland sind damit gerade einmal 550 Unternehmen zur Berichterstattung über ihren Umgang mit Umwelt und Gesellschaft verpflichtet. Bedeutende Player wie Aldi fallen so trotz Milliardenumsätzen und erheblichen Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft entlang ihrer Wertschöpfungsketten durch das Raster.“

Miserable Arbeitsbedingungen in den Zuliefererketten und die » [Bedeutung existenzsichernder Löhne](#) deckt immer wieder das Südwind-Institut aus Siegburg auf, für viele Branchen und gemeinsam mit örtlichen Nichtregierungsorganisationen – sei es im » [indonesischen Schuh- und Ledersektor](#), im » [Kakao-Sektor West- und Zentralafrikas](#), der » [indischen Textilindustrie](#) oder in der » [Wertschöpfungskette von Mobiltelefonen](#). Von Billigproduktion bei Zulieferern profitieren nicht nur große Unternehmen, sondern auch klein- und mittelständische Firmen.

Schlupflöcher im Gesetz

Außerdem gebe es zahlreiche Schlupflöcher bei der Berichtspflicht, erläutert Oxfam. Insbesondere solle nur das offengelegt werden, was unmittelbar geschäftsrelevant sei. „Menschenrechtsverletzungen haben auf die Geschäfte großer Unternehmen aber oft keinen Einfluss. Dabei gäbe es genau hier allen Grund zur Offenlegungspflicht“, fordert Franziska Humbert, Expertin für Arbeitsrechte bei Oxfam.

Die Organisation hat in der » [Studie „Süße Früchte, bittere Wahrheit“](#) 2016 mehrere gravierende Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen in Zulieferbetrieben von deutschen Supermarktketten aufgedeckt. So werden auf Ananas- und Bananenplantagen Arbeitsrechte systematisch verletzt und Menschen hochgiftigen Pestiziden ausgesetzt, die gleichzeitig auch die Umwelt beeinträchtigen.

Was also ist „wesentlich“? Die Ansichten divergieren stark, wie Martin G. Viehöver, Senior Manager bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG konstatiert. „Laut EU-CSR-Direktive gilt ein Thema als wesentlich, wenn es zum einen für das Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens erforderlich ist, und zum anderen für das Verständnis der Auswirkungen von Unternehmenstätigkeiten.“ Die von Oxfam beklagten Auswirkungen sind also wesentlich.

Bisher sind in Deutschland dagegen nur steuerungsrelevante nichtfinanzielle Leistungsindikatoren für Umwelt- und Arbeitnehmerbelange offen zu legen - soweit diese geschäftsrelevant seien. Viehöver bezweifelt, dass „Themen, auf die Unterneh-

BEWERTUNGEN & PRAXIS
14.4.2017 | Nr. 4

Geldbußen sind nicht zu verachten

Ein [Verstoß gegen die CSR-Berichtspflicht](#) kann laut Gesetz mit einer Geldbuße bis zu [fünfzigtausend Euro](#) geahndet werden.

Bei kapitalmarktorientierten Kapitalgesellschaften und bei Kreditinstituten kann die Summe, je nach Größe des Unternehmens, auf das Zweifache des aus der Ordnungswidrigkeit gezogenen geschätzten wirtschaftlichen Vorteils steigen und [im Extremfall gar auf zehn Millionen Euro](#) oder fünf Prozent des Jahresumsatzes.

men eine hohe Auswirkung haben, deren Geschäftsrelevanz jedoch aktuell gering eingeschätzt werde, als unwesentlich ausgeklammert werden sollten.“

Im Gegenteil: Es könnten sich zum Beispiel beim hohen Wasserbedarf in der Wertschöpfungskette von Reifenherstellern Risiken und Chancen ergeben, die langfristig orientierten Investoren wichtig seien. Sie erwarteten passende Strategien und Maßnahmen beispielsweise im Risikomanagement, durch Innovationsprojekte oder politisches Lobbying für faire Rahmenbedingungen. Sich hierauf einzustellen und hierzu zu berichten, ist folglich strategisch sinnvoll.

Was ist wesentlich? Und für wen?

„Gerade die immer schneller zunehmende Rate der Einpreisung externer Effekte könnte bei solchen Themen greifen“, sagt Viehöver. Das spreche dafür, potenzielle Herausforderungen als wesentlich zu definieren.

Unternehmen begründen ihre Berichterstattung zu ökosozialen Risiken und Leistungen hingegen meist mit geschäftlicher Relevanz und Anliegen von Stakeholdern. Aber: „Es gibt kein einziges Rahmenwerk, in der die in Unternehmen verbreitete Wesentlichkeitsdefinition aus Geschäftsinteresse plus Stakeholderinteresse steht.“

Erst wenige Unternehmen verwenden die Bewertungsdimension „gesellschaftliche Auswirkungen“ als Grundlage für ihre extra-finanzielle Berichterstattung. Die von der EU vertretene Wesentlichkeitskombination „Auswirkungen“ plus „Geschäftsrelevanz“ findet sich laut Viehöver jedoch nicht in den berichteten Wesentlichkeitsanalysen der Dax-30-Unternehmen wieder.

EU-Vorgabe: Auswirkungen und Geschäftsrelevanz

Die Frage, wie relevant etwas für Anspruchsgruppen (Stakeholder) ist, ist – neben oder alternativ zu den Auswirkungen der Geschäftstätigkeit – zentral für die Global Reporting Initiative (GRI). Sie gibt mit den GRI Sustainability Reporting Standards (GRI SRS) nicht mehr nur Leitlinien vor, sondern Standards. Diese klammern aber die Geschäftsrelevanz unmissverständlich aus.

Umgekehrt ist die Geschäftsrelevanz für andere nationale und internationale Interessengruppen das Alleinseligmachende und darum umstritten: Für den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) ebenso wie für den International Integrated Reporting Council (IIRC) oder dem Sustainability Accounting Standards Board (SASB).

Trotz dieser eklatanten Unterschiede zu ihrer eigenen Vorstellung von Wesentlichkeit, denen diese nur zur Hälfte entsprechen, nennt die EU den DNK und die GRI als Orientierungsmaßstab. Eine lediglich auf ihnen basierende Berichterstattung würde aber, so meinen mehrere Beobachter, den rechtlichen Vorgaben nicht genügen.

Investoren sollten genau hinschauen

„Investoren sind – nicht nur zum Verständnis der vorgelegten Informationen – gut beraten, genau zu lesen, welches Wesentlichkeitsverständnis sich ein Unternehmen gegeben hat“, rät Viehöver. „Grundlage für die Geschäftsrelevanz und somit eine potenziell künftige Outperformance von Unternehmen ist jedoch der Aufbau eines grundlegenden Verständnisses der Zusammenhänge zwischen den Unternehmensaktivitäten, den daraus resultierenden Auswirkungen, die zu Stakeholder-Reaktionen führen, die wiederum eine Geschäftsrelevanz nach sich ziehen können.“

Noch nicht berichtende Unternehmen müssen sich nun sputen. Aber, so sagt Beraterin Sabine Braun, „mit einer sauberen Analyse wesentlicher Themen und Risiken, klaren Verantwortlichkeiten und Prozessen sowie einer gut aufgesetzten Datenerfassung lässt sich auch Ende April ein fundierter Bericht vorlegen.“ Sie prognostiziert, die Investitionen in entsprechende Software würden steigen. Wer erschreckt den Geldbeutel umklammert, möge bedenken, dass sich unternehmerische Risiken und Chancen besser bewältigen respektive nutzen lassen, wenn man sie denn kennt.

Susanne Bergius

BEWERTUNGEN & PRAXIS
14.4.2017 | Nr. 4

Training für Investoren und Entscheider

Am 5. und 6. Mai findet das nächste von „Finance for Change“ (F4C) organisierte sogenannte » „**Bootcamp**“ im Impact Hub Berlin statt. Dieser Workshop vermittelt den Angaben zufolge die wichtigsten Konzepte wirkungsorientierter Finanzierungen. Das geschieht mit Hilfe praktischer Beispiele, Fallstudien und Gruppenarbeiten.

Die interaktive Veranstaltung wendet sich an Investoren, Finanzintermediäre und Entscheidungsträger aus dem privaten, sozialen und öffentlichen Sektor, die die Möglichkeiten besser kennenlernen sowie für eigene Entscheidungsfindungen konkrete Fähigkeiten hierzu erwerben möchten. F4C ist ein Angebot des „Impact Hub Berlin“ und der Beratungsagentur Social Impact Markets.

Verantwortliches Investieren und Finanzieren

Am 3./4. Mai findet in Zürich der » „**Responsible Investment & Finance Summit**“ statt. Schwerpunkte sind die Vereinbarkeit mit Islamic Finance und die Frage, wie aus den Finanzflüssen eine Kraft für „das Gute“ zu machen ist. Zentral auch die Störung oder Unterbrechung bisheriger Finanzdienstleistungen durch FinTechs und die sozialen Auswirkungen dieser disruptiven Entwicklungen.

Merkwürdig ist der Titel der von den Veranstaltern dazu lancierte Initiative „Support Disruption for Good (SDG) Challenge“: Sie soll vielversprechende ethische, verantwortliche Innovationen finden und mit den führenden Institutionen der verantwortlichen Finanzindustrie verknüpfen. Sich aber dafür das Kürzel SDG zu schnappen, das seit 2015 ein feststehender Begriff ist für jedes einzelne der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen, hat was von PR-mäßigem Trittbrettfahren.

Erscheinungsweise: monatlich

Erscheinungsart: kostenloses Abonnement

Konzeption & Organisation: **Susanne Bergius**

Redaktion:

Susanne Bergius, Georgios Kokologiannis
(Verantwortlicher im Sinne des §55 Abs.2 RStV)

Produktion: Heide Braasch

Internet: www.handelsblatt-nachhaltigkeit.de

Kontakt: handelsblatt.com@vhb.de
+49(0)211/887-0

Anzeigenverkauf:

iq media marketing gmbh,
www.iqm.de/newsletter
Email: kundenbetreuung@iqm.de
+49(0)211-887-3355

Verlag:

Handelsblatt GmbH
(Verleger im Sinne des Presserechts)
Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf
Email: handelsblatt.com@vhb.de,
Tel.: 0800 723 83 12 (kostenlos)

Geschäftsführung:

Gabor Steingart (Vorsitzender),
Frank Dopheide, Ingo Rieper, Gerrit Schumann
AG Düsseldorf HRB 38183, UID: DE 812813090

Dieser Newsletter stellt ausdrücklich keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf dar. Es wird keine Haftung für die Richtigkeit der Angaben und Quellen übernommen. Die ausgewählten Anlageinstrumente können je nach den speziellen Anlagezielen, dem Anlagehorizont oder der individuellen Vermögenslage für einzelne Anleger nicht oder nur bedingt geeignet sein. Die in diesem Dokument enthaltenen Empfehlungen und Meinungen wurden von der Redaktion nach bestem Urteilsvermögen geprüft und entsprechen dem Stand zum Zeitpunkt der Erstellung des Dokuments und können sich aufgrund künftiger Ereignisse oder Entwicklungen ändern. Dieses Dokument darf in anderen Ländern nur in Einklang mit dort geltendem Recht verteilt werden, und Personen, die in den Besitz dieses Dokuments gelangen, sollten sich über die dort geltenden Rechtsvorschriften informieren und diese befolgen. Kein Teil dieses Newsletters darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages verändert oder vervielfältigt werden.

MELDUNGEN & AUSBLICK

14.4.2017 | Nr. 4



BUSINESS BRIEFING zu Nachhaltigen Investments

Die nächste Ausgabe erscheint am 12.05.2017.

– Newsletter bestellen unter www.handelsblatt-nachhaltigkeit.de